

DURCHBLICK

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD

Sozialistische Zeitung für Bielefeld

Sommer 2020

Bielefeld – sozial und lebenswert für alle! Darum **DIE LINKE** wählen

Liebe Bielefelder*innen, seit mehr als 13 Jahren gibt es DIE LINKE. Wir sind zu einem unverzichtbaren Teil der Kommunalpolitik in Bielefeld geworden und engagieren uns für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Wir streiten für eine weitreichende öffentliche Daseinsvorsorge, eine starke soziale Absicherung und ein auskömmliches Einkommen für alle Menschen in unserer Stadt. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Interessen der Beschäftigten in Betrieben, Handwerk und Handel, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in Schulen und in Kitas – um nur einige zu nennen. Im Besonderen stehen wir hinter denen, die arbeitslos, aktuell von Kurzarbeit betroffen sind oder immer noch mit der unzulänglichen Hartz IV-Gesetzgebung leben müssen. Außerdem kämpfen wir für eine umfassende Gleichstellung aller Menschen, ein lebenswertes Bielefeld für Kinder und Jugendliche und gegen Rassismus und Faschismus. Wir beteiligen uns an der Entwicklung der Verkehrswende und bringen uns besonders rund um das Thema bezahlbares Wohnen für alle ein.



Das haben wir in den letzten sechs Jahren durchgesetzt:

- Wir machten eine Unterschriftensammlung für den **Erhalt der Bürgerberatungen**. Dadurch können auch heute noch viele Menschen in ihrem Stadtteil ihre Amtsgänge erledigen.
- Das »Bündnis für ein **Sozialticket**« setzte mit unserer Beteiligung den Erhalt des Sozialtickets durch.
- Wir brachten die Frage des **sozialen Wohnungsbaus** auf die Tagesordnung, als der Rat die Wohnungsnot noch nicht einmal zur Kenntnis nehmen wollte. Wir forderten Wohnungsbau durch die Stadt und sammelten mehr als 11.000 Unterschriften dafür.
- Wir sorgten dafür, dass Menschen, die auf Hartz IV, Grundsicherung im Alter und Sozialhilfe angewiesen sind, **mehr Geld für Mietzahlungen** bekommen. Jahrelang hatte die Stadt viel zu geringere Zahlungen geleistet.
- Wir sorgten für Transparenz. **Die Machenschaften des Stadtwerke-Geschäftsführers Brinkmann**, der dem Betriebsratsvorsitzenden überhöhte Zahlungen zukommen ließ, wurden durch uns aufgedeckt.

Kommunalwahl 2020:

www.dielinke-bielefeld.de/kommunalwahl-2020/
<https://de-de.facebook.com/DieLinke.Bielefeld/>

Liebe Bürgerinnen und Bürger Bielefelds, für diese Politik brauchen wir Ihre Stimme, denn die Durchsetzung vor Ort hängt von unserem Gewicht in den Kommunalparlamenten ab. Damit mehr von unserer Politik Wirklichkeit werden kann, brauchen wir ihre entschlossene Haltung, auch um außerparlamentarischen Druck aufzubauen. Jedes zusätzliche Mandat für DIE LINKE wird Bielefeld ein Stück sozialer machen!

Das sind unsere Schwerpunkte für die kommenden 5 Jahre:

Unsere Entscheidungen orientieren sich am sozial-ökologischen Umbau für Bielefeld:

Wohnungspolitik: Wir wollen durchsetzen, dass die Stadt selbst baut (oder über ihre eigenen Gesellschaften und Genossenschaften). So könnten die Mieten dauerhaft niedrig bleiben, weil die Stadt keine Rendite erwirtschaften muss. Wir wollen nicht, dass der Staat private Bauherren fördert, die dann nur eine befristete Zeit verpflichtet werden günstig zu vermieten.

Gute Arbeit: Wir wollen eine Auftragsvergabe durch die Stadt, die sich an tariflicher Bezahlung und Vermeidung prekärer Beschäftigung wie sachgrundlose Befristung und Leiharbeit orientiert.

Verkehrswende: Sie soll sich besonders an Fußgänger und Radfahrer*innen orientieren, an Menschen ohne Auto und denen die (noch) auf einen PKW angewiesen sind. Daher wollen wir die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region, Ausbau der Park-und-Ride-Systeme, den Nulltarif für Bus und Bahn, sowie mehr sicherere Fuß- und Radwege.

Gesundheit: Wir wollen auch hier die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Gesundheitspolitik. Das heißt: Erhalt und Zukunftssicherung für die öffentlichen Krankenhäuser und Sicherung der ärztlichen Versorgung und Pflege in allen Stadtteilen.

Für die Partei DIE LINKE in Bielefeld: Brigitte Stelze und Florian Straetmanns



Einwohnerantrag Bezahlbares Wohnen für alle: Übergabe von 11.123 Unterschriften im Mai 2017

DIE LINKE wirkt

Unsere linke Opposition im Rat und den Bezirksvertretungen erschwert es den Mehrheitsparteien, unsoziale Vorhaben durchzusetzen. Argumente und Forderungen der LINKEN finden bei den Berichterstattungen der lokalen Medien nur selten Berücksichtigung. Daher machen wir immer wieder mit Unterschriftensammlungen für Bürgerbegehren oder Einwohneranträgen öffentlichen Druck auf Politik und Verwaltung.

● Als Oberbürgermeister Pit Clausen die Bürgerberatungen in den Stadtteilen schließen wollte, startete DIE LINKE einen **Einwohnerantrag zur Rettung der Bürgerberatungen**. Im Rat ignorierten die SPD und Grüne zwar die Unterschriften von 12.052 Bürger*innen – Oberbürgermeister Pit Clausen sah sich dennoch gezwungen, seinen Beschluss zur kompletten Schließung der Bürgerberatungen in den Stadtteilen zurückzunehmen.

● Im Jahr 2008 hatte die CDU/FDP Landesregierung die Wohnungen vom Land an das heute börsennotierte Wohnungsunternehmen LEG verkauft. In den letzten 6 Jahren hat sich der Börsenwert fast verdreifacht. In Bielefeld hat DIE LINKE **LEG-Mieter bei überzogenen Mieterhöhungen und Nebenkosten-Forderungen geholfen**. Eine ganze Reihe von Mietern konnte so vor Gericht ungerechtfertigte Forderungen abwehren.

● Da sich Bielefeld zur am schnellsten wachsenden Großstadt in NRW entwickelt hat, begann DIE LINKE 2017 mit der Unterschriftensammlung für den **Einwohnerantrag „Bezahlbares Wohnen für alle“**: Die Stadt sollte bis Ende 2020 selbst 3.000 bezahlbare Wohnungen bauen. Die Forderung der über 11.000 Einwohner*innen wurde jedoch erreicht, dass die Wohnungsnot von der Politik endlich zur Kenntnis genommen und nicht länger kleingeredet wird.

● Nach dem jahrelangen Druck der LINKEN wurde 2019 im Rat die Bielefelder Baulandstrategie beschlossen. Dadurch soll Bauland für neue Wohnungen günstiger werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, löst das Wohnungsproblem jedoch nicht. Da der private Wohnungsmarkt versagt hat, muss die Stadt selbst

bauen. Darum fordert DIE LINKE, dass insbesondere **nach dem Abzug der brütenden Flächen für städtischen Wohnungsbau** genutzt werden.

● Seit Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 hat DIE LINKE gegen die viel zu niedrigen Erstattungen für die Mieten protestiert. Trotz höchstrichterlicher Urteile haben die Verwaltung und alle anderen Parteien sich geweigert, die Richtlinien anzupassen. Im Jahr 2018 wurden in Bielefeld Empfängern von Hartz IV, Grundsicherung im Alter und Sozialhilfe insgesamt fünf Millionen Euro rechtswidrig vorenthalten. Auf Druck der LINKEN wurde 2019 endlich ein **„schlüssiges Konzept“ für die Mieten** beschlossen. Mit Musteranträgen der LINKEN bekamen viele Betroffene rückwirkend für das laufende und das letzte Jahr Geld erstattet.

Dr. Dirk Schmitz
Kandidat für den Rat
Listenplatz 4

Unsere Kandidat*innen für den Rat:

Platz 1: Bernd Vollmer
Platz 2: Meike Taeubig
Platz 3: Brigitte Stelze
Platz 4: Dr. Dirk Schmitz
Platz 5: Marlis Bußmann
Platz 6: Carsten Strauch
Platz 7: Dominik Goertz
Platz 8: Friedrich Straetmanns
Platz 9: Gülcan Turan

Platz 10: Hans-Dietmar Hölscher
Platz 11: Laura Ziese
Platz 12: Michel Schafmeister
Platz 13: Sarah Brand
Platz 14: Gerhard Rieks
Platz 15: Dr. Rosa Rosinski
Platz 16: Benni Stiesch
Platz 17: Inge Bernert
Platz 18: Norbert Zimmer
Platz 19: Gabi Bieberstein
Platz 20: Günter Seib
Platz 21: Peter Ridder-Wilkens

Gute Arbeit in Bielefeld

Eine lebenswerte Stadt, braucht gute Arbeitsbedingungen. Fast 1/3 der Bielefelder Beschäftigten sind auch nach dem Corona-Lockdown noch in Kurzarbeit. Insbesondere Teilzeitbeschäftigte in nichttarifgebundenen Unternehmen fürchten um ihre Existenz. Weitere Insolvenzen von Unternehmen sind nicht ausgeschlossen. Bielefeld darf angesichts der finanziellen Belastungen durch

die Corona-Krise seine Investitionen nicht zurückgeben, sondern muss sie deutlich ausweiten, damit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können. Eine Wiederholung der kommunalen Kürzungspolitik von 2009 - 2014 würde dem Arbeitsmarkt massiv schaden und muss verhindert werden. Dabei spielt die Förderung guter Beschäftigungsverhältnisse eine zentrale Rolle. Auftrags-

vergaben dürfen daher nur an Unternehmen erfolgen, die tarifgebunden sind. Insbesondere in den Sozial- und Gesundheitsberufen ist Tarifflicht, hohe Arbeitsbelastung und prekäre Beschäftigung ein großes Problem. Die Stadt hat eine Verantwortung für diese Arbeitnehmer*innen und muss daher die Leistungsverträge mit den freien Trägern angemessen finanzieren. Die anstehen-

den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst werden die Weichenstellung für die künftige Lohnentwicklung in der Stadt stellen. Die Beschäftigten müssen daher deutliche Lohnzuwächse verzeichnen, dabei müssen insbesondere die unteren Entgeltgruppen überproportional profitieren. DIE LINKE steht konsequent und solidarisch an der Seite der Beschäftigten.



Dr. Onur Ocak
Oberbürgermeister-Kandidat DIE LINKE Bielefeld

Gesundheit ist keine Ware



Gerade in Corona-Zeiten ist deutlich geworden, wie wichtig ein gesichertes öffentliches Gesundheitswesen ist. Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen gehören in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.

Klatschen reicht da nicht!

Mit dem Abklingen der Corona-Pandemie erleben die Beschäftigten in den „systemrelevanten“ Gesundheitsberufen wie ihre berechtigten Forderungen nach mehr Lohn

und besseren Arbeitsbedingungen, schon wieder in den Hintergrund rücken.

Wir vergessen nicht und stehen hinter der Forderung von „500 Euro mehr Monatsgehalt“ für Pflegekräfte, die dringend in die tarifliche Umsetzung gehen muss. Nach mehr als 15 Jahren Fallpauschalen zur Abrechnung der Krankenhausleistungen, die Patienten, Personal und Kliniken mancherorts in den Versorgungsnotstand getrieben haben, braucht es einen Systemwechsel.

DIE LINKE stellt die Forderung nach sofortiger Abschaffung der Fallkostenpauschalen und die Einführung einer bedarfsgerechten Finanzierung der Krankenhäuser in den Mittelpunkt. Wir erinnern auch an die notwendige Umsetzung einer solidarischen Bürger*innenversicherung mit dem Ziel, die Klassenmedizin zu beenden.

Für uns sind Gesundheit und Pflege lebensnotwendiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und ge-

hören auch in die kommunale Mitverantwortung. Wir erwarten, dass die Bundes- und Landespolitik ihrer Verpflichtung zur Sicherung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung nachkommt und vor dem hohen Investitionsstau in den Kliniken nicht weiter die Augen schließt. Die Politik vor Ort darf nicht müde werden, diesen Prozess hellwach und kritisch zu begleiten

Eine „gesunde“ Stadtentwicklung braucht:

● Transparenz in der Arbeit der kommunalen Gesundheitskonferenz und in diesem Rahmen aktuell die Einbeziehung der Bürger*innen vor Ort in die Krankenhausplanung NRW.

● Die Sicherung der ärztlichen Versorgung gehört schon mit der Wohnquartiersplanung in kommunale Mitverantwortung.

● Wir unterstützen die Weiterentwicklung medizinischer Zentren und erwarten, dass hier auch Beratungs- und Begleitdienste angesiedelt werden.

● Ein Gesundheitsamt, das für die Notfallorga-

nisation und die Aufsicht zur Sicherung des öffentlichen Gesundheitsangebotes bedarfsgerecht ausgestattet ist.

● Die kommunale Förderung von mehr Ausbildung in Pflegeberufen und die politische Unterstützung bei der Entwicklung von Anreizsystemen für Kolleg*innen in pflegerischen Berufen. Das könnte z.B. der kommunale Wohnungsbau und der Ausbau der KITAS im Umfeld von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sein.

● Den Ausbau (auch öffentlicher) ambulanter Pflege und Kurzzeitpflege, denn der Bedarf steigt und schon heute zeigen sich Versorgungslücken in Bielefeld.



Brigitte Stelze
Kandidatin für den Rat
Listenplatz 3

Grundlegende Wende in der Wohnungspolitik



Aktion vor der Rochdale Kaserne: Bezahlbarer Wohnraum, statt ihn „zu beerdigen“

In Bielefeld steigen die Mieten in NRW am schnellsten. OB Clausen (SPD) hat jahrelang tatenlos zugegesehen. Dadurch stiegen die Gewinne der Konzerne zu Lasten der Mieter*innen massiv an. Auch die anderen Parteien haben auf den Markt statt auf aktive Wohnungspolitik gesetzt.

Wohnungsbaugesellschaften wollen für ihre Investitionen maximale Rendite erwirtschaften, sie haben kein Interesse an einem wenig rentablen geförderten Wohnungsbau. So wurden 2018 gerade mal 51 Sozialwohnungen gebaut. Die bisherige Politik der Paprika ist gescheitert.

Wir stehen für eine grundlegende Wende in der bisherigen Wohnungspolitik. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht der Menschen und kann nicht dem Markt überlassen werden. Wer Mieten senken will, muss sie daher dem Markt entziehen. Wir wollen, dass die Stadt selbst

Wohnungen baut, sie in ihrem Eigentum behält und vermietet. Dabei geht es nicht nur um sozialen Wohnungsbau, sondern um bezahlbare Wohnungen in allen Mietsegmenten. Je mehr Wohnungen in öffentlichem Eigentum sind, umso schwerer sind Mieterhöhungen durchzusetzen. Anders als die Baulandstrategie des Oberbürgermeisters, die nicht zu mehr Wohnraum führt, wollen wir, dass die Stadt Grundstücke aufkauft, um darauf bezahlbaren Wohnraum zu bauen. Eine Vermarktung oder einen Verkauf an Investoren lehnen wir ab. Wir setzen stattdessen auf Wohnungsbau-genossenschaften, die wir fördern wollen. Wir wollen die aktuelle Niedrigzinsphase nutzen und

den städtischen Wohnungsbau über Kredite zu finanzieren. Die Kreditaufnahme ist für Kommunen erheblich günstiger als für Private und die Mieten müssen lediglich die Refinanzierungs- und Instandhaltungskosten decken. Die Mieten können somit dauerhaft niedrig bleiben, weil die Stadt keine zusätzliche Rendite erwirtschaften muss. Eine Wohnungspolitik für die Mehrheit der Bielefelder*innen wird auf Widerstand der Investor*innen treffen. Nur DIE LINKE hat den Mut und die Unabhängigkeit gemeinsam mit den Bürger*innen diese Widerstände zu überwinden.

Dr. Onur Ocak
Oberbürgermeister-Kandidat DIE LINKE Bielefeld

Bielefeld als zentrale Großstadt

Eine Vision – Bielefeld als zentrale Großstadt in Ostwestfalen-Lippe: Sie bietet in dieser Funktion Dienstleistungen und Angebote für die Region. Sie setzt sich deshalb für die Verbesserung der Mobilitätsangebote ein, wie den Ausbau der Bahnstrecken als S-Bahn OWL und den Radwegebau entlang der Hauptverkehrsachsen in die Nachbarkommunen. Die Bielefelder Stadtbezirke werden an das Stadtbahnnetz angebunden, wo sinnvoll, fährt die Stadtbahn auch in die Umlandgemeinden. Damit die Vision Wirklichkeit wird, muss Stadtplanung und Stadtentwicklung mit den Bürger*innen abgestimmt sein. Dazu muss ein strategischer Rahmenplan erarbeitet

werden, an dem sich Projekte – wie neue Bau- und Gewerbegebiete und der Ausbau von öffentlichen Nah- und Radverkehr – orientieren sollen. DIE LINKE fordert eine mit den Bürger*innen abgestimmte Stadtentwicklungsplanung und setzt sich ein für einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Rad- und Fußwege. Dabei sollen alle Quartiere (Wohnviertel) angemessen beachtet werden. Die wichtigsten Angebote und Einrichtungen des täglichen Bedarfs sollen quartiersnah liegen oder gut zu erreichen sein. Dazu gehören Kitas und Grundschulen, Spiel- und Sportplätze, Einzelhandel, Arzt*innen und Apotheken sowie Pflegeeinrichtungen.

Auch Plätze und Begegnungsräume sind wichtig. Sie sind Aushängeschild der Quartiere. Daher muss die Aufenthaltsqualität mit den Anwohner*innen und den Bürger*innen der benachbarten Quartiere konsequent weiterentwickelt werden. Nicht alle Angebote werden in jedem Quartier verfügbar sein.

Auch deshalb müssen die Quartiere und deren Plätze durch Rad- und Fußwege sowie im dichten Takt fahrende Busse und Straßenbahnen vernetzt werden. DIE LINKE steht für eine konsequente quartiersbezogene Stadtentwicklung. Die dezentralen Strukturen sollen dazu gefördert werden. Das

bedeutet – dort wo möglich – Arbeit, Freizeit und Wohnen wieder näher zusammen zu bringen. Die Mobilitätsangebote müssen so vernetzt werden, dass man auch ohne Auto auskommen kann.

Bernd Vollmer
Kandidat für den Rat Listenplatz 1



Klima- und Naturschutz konsequent umsetzen!

Für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und der zukünftiger Generationen müssen Klima- und Naturschutz vor Ort konsequent umgesetzt werden. Das wird nur gelingen, wenn wir Ökologie, soziale Gerechtigkeit und demokratische Beteiligung mit einander verbinden. **Vor Ort wollen wir die Weichen für den bundesweiten Kohleausstieg bis 2030 setzen:** Mit dem deutlichen Ausbau regenerativer Energien, mehr Fern- & Nahwärmever-sorgung und consequenten Energiesparmaßnahmen. Dabei dürfen wir die Energieversorgung nicht dem Markt überlassen, sondern wollen kommunale Stadtwerke und Energiegenossenschaften fördern. Strom-, Gas und Wasser müssen bezahlbar für alle sein.

Für uns sind Artenvielfalt, Boden- Wasser- und Naturschutz vor wirtschaftliche Inter-

essen zu stellen: Das Waldsterben im Teutoburger Wald und das Insektensterben sind deutliche Alarmsignale. Wir wollen eine nachhaltige Forstwirtschaft mit Mischwaldbeständen, biologische Vielfalt auf kommunalen Grünflächen und consequenten Grundwasserschutz.

Regionaler Wochen-stadt Weltmarkt: Die

Zustände in der Fleischindustrie zeigen, dass Profit nicht auf dem Rücken von Arbeiter*innen, Tieren und Umwelt erwirtschaftet werden darf. Wir setzen auf regionale Direktvermarktung mit ökologischen Erzeugnissen. **Der Flächenverbrauch ist einzuschränken:** Allein die Fläche aller Parkplätze nimmt die Größe von Gadderbaum ein. Wir

wollen Wohnraum schaffen, aber mit möglichst geringem Flächenverbrauch. Eingeschossige Neubauten und Einfamilienhaussiedlungen sind abzulehnen. Schützenswerte Naturflächen und wertvoller Ackerboden sind aus der Planung zu nehmen. **DIE LINKE setzt auf Bürger*innenbeteiligung:** Wir unterstützen den Klima- und Ernährungsrat

und weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Dabei benötigen wir eine breite gesellschaftliche Diskussion, wie wir zukünftig leben wollen. Dazu gehören starke Umweltverbände und Gewerkschaften, sowie Initiativen, wie „Fridays for Future“ und der „Radentscheid“.

Carsten Strauch
Kandidat für den Rat Listenplatz 6



Mieter*innen und Kommunen nicht im Stich lassen

Das angeblich mit so viel Wumms versehene Konjunkturpaket zeigt mit besonders großer Wucht, in welchem Bereich der Bund sich ganz offenbar nicht zuständig fühlt. Nämlich dafür, dass die Menschen hier gut und auch bezahlbar wohnen können. Der einzige Aspekt im Corona-Konjunkturpaket von Schwarz-Rot, der direkt mit Wohnungspolitik in Verbindung zu bringen ist, ist eine Förderung energetischer Gebäudesanierung. Prinzipiell eine

gute Sache. Jedoch hat sie einen Haken. Solange die Kosten der Sanierung per Mieterhöhung direkt weitergegeben werden, haben wir am Ende ein CO2-optimiertes Haus und eine weitere Familie, die an den Stadtrand verdrängt wird, weil sie sich in Zeiten von Kurzarbeit und heraufziehender Wirtschaftskrise die Miete nicht mehr leisten kann. Das Paket der Regierung schweigt sich zu solchen Fällen aus, nimmt sie also billigend in Kauf.

Doch was soll die Bundesregierung für die Wohnungspolitik leisten? Die Bundesregierung soll die Länder ermutigen und darin unterstützen, Mietendeckel nach dem Vorbild Berlins einzuführen. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften sollen wieder gemeinnützig sein, der Bund muss mit verbesserten Rahmenbedingungen die Kommunen zum Bau von Wohnungen animieren. Die Kommunen müssen finanziell besser aus-

gestattet werden. Eine bloße Abfederung der Krisenkosten reicht keineswegs aus, denn die Kommunen waren schon vor der Corona-Krise finanziell miserabel ausgestattet. Das ist notwendig für wichtige Ausgaben der Kommunen wie für sozialen Wohnungsbau und die sozial-ökologische Verkehrswende. Seit vielen Jahren haben die Kommunen wenig investiert. Das wird besonders sichtbar beim Zustand der Schulen, Kitas und des

unzureichenden öffentlichen Personennahverkehrs.



Friedrich Straetmanns
Bundestagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE
Kandidat für den Rat Listenplatz 8

Ihre Kandidat*innen für den Rat der Stadt Bielefeld



Bernd Vollmer
Listenplatz 1



Meike Taeubig
Listenplatz 2



Brigitte Stelze
Listenplatz 3



Dr. Dirk Schmitz
Listenplatz 4



Marlis Bußmann
Listenplatz 5



Carsten Strauch
Listenplatz 6

Ihre Kandidat*innen für die Bezirksvertretungen in Bielefeld

Peter Ridder-Wilkens Bezirksvertretung Mitte



Als Fraktionsvorsitzender der Linken in Mitte habe ich mich für die Themen umweltgerechte Stadtentwicklung und gegen eine Kommerzialisierung der Innenstädte wie z.B. auf dem Siegfriedplatz eingesetzt. Unsere Fraktion wird die erfolgreiche Politik zu den Themen Verkehrsberuhigung und Tempo-30-Zonen fortführen. Wir setzen auf die Beteiligung der Bürger*innen bei der Entwicklung der Quartiere (Wohnviertel). Es muss mehr preiswerter Wohnraum geschaffen werden. Eine 25%-Sozialwohnungsbauquote reicht nicht aus. Die Entwicklung der Rochdale- und Catterick-Kasernen zu einem lebenswerten Quartier mit preisgünstigen Wohnraum, Sozialeinrichtungen und Kleingewerbe ist uns wichtig. Die öffentlichen Plätze müssen attraktiv gestaltet werden, damit sie Bürger*innen angenommen werden.

Bernd Vollmer Bezirksvertretung Dornberg



In Dornberg muss das Angebot an kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen erweitert werden, durch Neubau und Zukauf. Die Qualität der Bachauen muss verbessert werden. Zu einem Klima schonenden Mobilitätskonzept gehören sichere Radwege in die Innenstadt, nach Werther und Jöllenbeck. Die Stadtbahn Linie 4 soll in Richtung Großdornberg und Werther geplant und verlängert werden. Der Stadtbezirk braucht zusätzliche Kitas und ein deutlich ausgeweitetes Raumangebot an den Grundschulen. Das Ganztagsangebot und die Schulverpflegung müssen verbessert werden.

Inge Bernert Bezirksvertretung Schildesche



Macht Politik glücklich?
Nein, aber für mich ist es sinnvoll und richtig für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Schildesche politisch aktiv zu sein. Schon seit 2009 bin ich in der BZV-Schildesche dabei die LINKEN-Positionen z.B. zur Sozial- und Wohnungspolitik in die praktische Politik einzubringen. Hinzu kommt die stadtweit angepeilte sozial-ökologische Verkehrswende, die für alle Stadtbezirke von großer Bedeutung sein wird. Der Klimaschutz spielt eine immer wichtigere Rolle. Auch in der nächsten Wahlperiode möchte ich für diese Kernthemen streiten.

Brigitte Varchmin Bezirksvertretung Brackwede



Ich fordere, dass die Linie 1 in Niederflur über die Hauptstraße fährt und zwar von Sennestadt über den Jahnplatz bis mindestens Carl-Severing-Schulen. Zur Verbesserung des ÖPNV gehört die Wiedereröffnung des Haltepunkts Brackwede-Süd der Sennebahn und dessen Aufnahme in den Nahverkehrsplan. Ich setze mich außerdem für mehr sozialen Wohnungsbau und sichere Fuß- und Radwege ein. Das „Ticket 60plus“ muss erhalten bleiben. Wir brauchen ausreichend Räumlichkeiten in den Schulen, sowohl für die Mensen als auch für Klassenräume. Ich fordere bessere Bezahlung der Pflegekräfte, damit sich mehr Menschen für diesen Beruf entscheiden und die Situation für die Betroffenen verbessert wird.

Norbert Zimmer Bezirksvertretung Stieghorst



Meine wichtigsten Themen:
Ich fordere bezahlbare Wohnungen für alle. Die ehemaligen Kasernengelände an der Oldentruper- und Detmolder Straße müssen kostenlos an die Stadt zurückgegeben und für sozialen Wohnungsbau in kommunaler Trägerschaft entwickelt werden. Im Rahmen der Verkehrswende muss die Stadtbahn nach Hillegossen verlängert, das Radwegenetz saniert und erweitert werden. Desweiteren setze ich mich für den Schutz der Mieter*innen der Siedlung Am Alten Dreisch ein und unterstütze ihrer Bürgerinitiative. Außerdem fordere ich den Ausbau der sozialen Beratungsangebote in Stieghorst und Klimaschutz durch nachhaltige Forstwirtschaft in den Wäldern des Bezirks.

Carsten Strauch Bezirksvertretung Gadderbaum



Gute öffentliche Einrichtungen sind ein wichtiger Bestandteil einer sozialen Gesellschaft. Bildung, Gesundheit, Wohnen, Bus und Bahnen müssen kostenfrei oder bezahlbar für alle sein. Ich freue mich besonders, dass mit Unterstützung vieler Menschen der Erhalt der Bürgerberatung und des Freibades in Gadderbaum durchgesetzt werden konnte. Die Folgen des Klimawandels im Teutoburger Wald mahnen uns zu konsequenterem Klimaschutz. Dazu gehören eine Verkehrswende mit mehr Rad, Bus und Bahn, eine nachhaltige Forstwirtschaft, biologische Vielfalt auf kommunalen Grünflächen, Erhalt der artenreichen Ochsenheide und konsequenter Grundwasserschutz.

Reinhard Offelnto Bezirksvertretung Heepen



Ich setze mich für soziale Gerechtigkeit, speziell zum Thema Hartz-IV ein. Gerade in Heepen leben sehr viele Hartz-IV-Empfänger*innen, die unter der Corona-Krise besonders gelitten haben. Angesichts zusätzlicher pandemiebedingter Belastungen bin ich dafür, allen Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII einen Corona-Zuschlag zu gewähren und die Regelsätze dauerhaft zu erhöhen. Es war ein Fehler, dass die Stadtverwaltung und Politik sich für die Stadtbahnverlängerung nach Heepen nicht genügend eingesetzt haben. Im Rahmen der Klimakrise und der nötigen Verkehrswende muss diese Entscheidung überdacht werden.

Sabine Formanski Bezirksvertretung Sennestadt



Ich lebe seit meiner Geburt in Sennestadt und bin mit diesem Stadtteil sehr verbunden. Politisch liegt mir das Wohl der Sennestadt am Herzen. Wir brauchen dringend eine oberirdische Überquerung der Paderborner Straße. Ich erwarte, dass der Oberbürgermeister sich endlich ernsthaft für die Übernahme der Straße vom Land NRW einsetzt. Denn dann kann die Stadt eigenständig planen und bauen. Dazu gehört auch die Planung der Weiterführung der Linie 1 und der damit verbundene Rückbau der Paderborner Straße. Des Weiteren möchte ich mich für sozialen Wohnungsbau, insbesondere auf dem Schillingsgelände einsetzen. Die Umwelt und der Klimaschutz sind Themen, die auch in meinem Fokus liegen.

Benni Stiesch Bezirksvertretung Jöllenbeck



Den Bielefelder Norden mit seinen Teilen Vilsendorf, Theesen und Jöllenbeck voran zu bringen, wird eine große Aufgabe der nächsten Jahre sein. Drei Punkte werden wesentlich sein:
- Den Bielefelder Norden vom Durchgangsverkehr entlasten, indem eine Stadtbahn über Jöllenbeck hinaus direkt nach Spenge und Enger geplant wird.
● Die Mischung von Natur und Bebauung erhalten und trotzdem mit Augenmaß neue Wohnbebauungen ermöglichen.
● Wir brauchen eine neue weiterführende Schule (Sekundarstufe I + II), damit Schüler*innen wohnortnah lernen können. Dafür möchte ich mich mit ihrer Unterstützung einsetzen.

Christian Varchmin Bezirksvertretung Senne



Ich möchte mich neben den wichtigen Themen „bezahlbares Wohnen und Radwegeausbau“ insbesondere für die Situation am Flugplatz Senne einsetzen. Wegen des gesundheitsschädlichen Fluglärms für die Nachbarschaft hatte ich zum Beispiel als einziger die Flugerlaubnis für den neuen Düsenjet von Herrn Tönnies abgelehnt. Darüber hinaus befinden sich auf dem Fluggelände Trinkwasserbrunnen, die gerade wegen der Klimakrise dringend zur langfristigen Wasserversorgung benötigt werden. Darum fordere ich, dass der Flugbetrieb gestoppt wird. Darüber hinaus muss die Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 besser geplant werden. Bei der gegenwärtigen Planung müssten 70 Grundstücke verkleinert werden und der Radweg ist eine Zumutung, weil er direkt neben Stadtbahn, Autos und LKW's verläuft.

Aus Corona lernen:

Gute Bildung für ALLE

Nicht erst die Corona-Krise hat gezeigt, wie ungleich die Bildungschancen in Deutschland verteilt sind. Dies liegt auch in der unterschiedlichen Ausstattung der Schulen mit beispielsweise Computern und Software. Die Lehrer*innen in NRW werden nun vom Land mit Laptops ausgestattet, und es ist zu begrüßen, dass das Land seiner Pflicht, das Personal mit notwendigen Arbeitsmitteln auszustatten, endlich nachkommen will. Dringend soll das Land NRW auch dafür sorgen, dass alle Lehrer*innen

eine digitale Grundbildung erhalten. Aber für die Ausstattung der Schulen mit Computern für die Schüler*innen ist die Kommune zuständig. Während der Corona-bedingten Schulschließungen mangelte es vielen Schüler*innen an digitalen Geräten, weshalb sie keine Home-Schooling-Angebote wahrnehmen konnten. Die Schüler*innen brauchen einheitliche leistungsfähige öffentlich finanzierte digitale Geräte, die sie auch für Hausaufgaben mit nach Hause nehmen sollen. Armut darf kein

Bildungshemmnis sein! Wir müssen dringend Geld investieren, um für alle Schulen leistungsfähiges Internet, eine digitale Infrastruktur, notwendige Software und Plattformen zur Verfügung stellen zu können. Zur Wartung der Computer muss Fachpersonal eingestellt werden. An allen Bielefelder Schulen müssen Möglichkeiten für inklusives Lernen geschaffen werden. Außerdem braucht es moderne und helle Räume für kleine Klassen, die individuelles Lernen ermöglichen. Durch Umsetzung dieser Forderungen kann ein großer Schritt getan werden

Schulen müssen an vielen Stellen erweitert werden. Das Kollegium muss aufgestockt werden, um Unterrichtsausfälle zu verhindern. Wir brauchen ausreichend Personal mit förderpädagogischen Kompetenzen unter anderem für inklusives Lernen sowie Arbeiter*innen. Zu einem gebührenfreien Ganztagsangebot für alle gehört im Sinne von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit ein regionales, gesundes und kostenfreies Mittagessen. Durch Umsetzung dieser Forderungen kann ein großer Schritt getan werden

auf dem Weg hin zu einer Stadt, in der alle Schüler*innen unabhängig von ihrem Elternhaus die gleichen Bildungschancen haben.



Meike Taebig
Kandidatin für den Rat
Listenplatz 2

Hartz IV in Zeiten von Corona



150 Euro anrechnungsfrei geben. Fürs Homeschooling wurden zudem vor Gericht 150 Euro für ein Tablet oder PC erkämpft – was dafür aber nicht ausreicht. Erwachsenen verweigern die Regierungsparteien einen Corona-Zuschlag gänzlich, obwohl viele Lebensmittelpreise gestiegen sind und Masken sowie Desinfektionsmittel gekauft werden müssen. Wie knapp das Geld bemessen ist, kann man in Bielefeld sehen: Die Zahl der Nutzer*innen bei den Tafeln hat sich vervielfacht und die Zahl der verkauften Sozialtickets halbiert. Schon vor „Corona“ reichte die Grundsicherung nicht, um Kontakte zu pflegen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, auch Urlaubsreisen sind unbezahlbar. Jetzt steht die Neuberechnung der Regelsätze für 2021 an. Der „Eck-Regelsatz“ für den täglichen Bedarf ohne Miete muss

eigentliche bei 600 € liegen. Die Regelsätze werden jedoch künstlich kleingerechnet, um Geld zu sparen – er liegt zurzeit bei nur 432 €. DIE LINKE fordert kurzfristig eine Erhöhung auf 600 € und langfristig eine sanktionsfreie Grundsicherung. Dass an die Wirtschaft Milliarden gegeben werden, an die Ärmsten, die es am meisten benötigen, aber wenig bis nichts, ist eine Schande!



Marlis Bußmann
Kandidatin für den Rat
Listenplatz 5

So erreichen Sie uns

Telefon: 0521.86611
vorstand@dielinke-bielefeld.de
NEWS-LETTER:
www.dielinke-bielefeld.de
mittwochs
14-17 Uhr und
freitags
14 bis 19 Uhr
offenes Büro in der
August-Bebel-Str. 126

Durch den „Corona“-Ausbruch können viele ihre Arbeit nicht mehr ausüben, besonders betroffen sind prekär Beschäftigte: Viele Mini-Jobs, Studentenjobs und Zeitarbeitsstellen sind weggefallen, befristete Stellen nicht verlängert. Wie bei Solo-Selbstständigen fehlt der Anspruch auf Arbeitslosengeld I – oder ist zu niedrig, weil der bisherige Verdienst zu gering war. Es bleibt

vielen nur der Antrag auf Arbeitslosengeld II beim Jobcenter. Bei Neuansuchen wird aktuell eigenes Vermögen vom Jobcenter nicht angetastet und die Miete ungeachtet der Höhe akzeptiert. Wie es im Herbst weitergeht, ist aber unsicher. Und diejenigen, die schon vor „Corona“ ALG II bekamen, haben von dieser Sonderregelung nichts. Je Kind soll es im September und Oktober je



Jugend und Demokratie:

Partizipation und Demokratie stärken!

Der Mythos der unpolitischen Jugend ist nicht erst seit Fridays For Future widerlegt. Jugendliche haben ein großes In-

teresse an Politik, dort vor allem an Themen, die sie direkt betreffen. Sie engagieren sich oft in Vereinen, Initiativen und NGOs

(Nichtregierungsorganisationen), gehen für ihre Themen auf die Straßen und sind gut informiert. Eine Skepsis gegenüber Politiker*innen und Parteien bleibt jedoch bestehen. Als LINKE wollen wir die demokratischen Rechte und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am politischen Leben in der Stadt Bielefeld ausbauen und stärken. Kinder und Jugendliche wollen wir an das demokratische Leben herantreten. Für uns ist klar, Demokratie lernt man am besten durch eine demokratische Praxis im Alltag. Deswegen setzen wir uns

dafür ein, den Dialog von Politiker*innen aus der Kommune insbesondere mit Schüler*innen zu verbessern. Erste Ansätze gibt es bereits. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendlichen bei Themen, die sie direkt betreffen, ausbauen und ihre demokratische Teilhabe fördern, zum Beispiel durch feste Kinder- und Jugendbudgets in jedem Stadtteil. Partizipation und demokratische Mitbestimmung wollen wir durch das Herabsetzen des Wahlalters für Kommunalwahlen sowie für Bürgerbegehren

und Bürgerentscheide auf 14 Jahre deutlich stärken. Dazu soll auch ein Kinder- und Jugendrat mit umfassenden Beratungs- und Entscheidungsbefugnissen eingerichtet werden. Das Ganze soll nicht von oben herab geschehen, sondern in einem gemeinsamen demokratischen Prozess mit den Kindern und Jugendlichen entstehen. Dabei sollen unter anderem der Bielefelder Jugendring, Schülervertretungen und Jugendorganisationen beteiligt werden.

Dominik Goertz
Kandidat für den Rat
Listenplatz 7

Macht mit!

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen
Telefon: 0521.86611

- Arbeitskreis Frieden, Internationale Politik und Flucht
- Arbeitskreis Soziales und Gewerkschaft
- Arbeitskreis Wohnen
- Arbeitskreis Umwelt
- Stadtteilgruppen Schildesche und Süd
- Frauenplenum
- Arbeitskreis Digitalisierung
- AK Bildung
- JUNGE LINKE

Gerechte Zukunft für Kinder

Die Kita ist eine der wichtigsten Bildungseinrichtungen in Deutschland. Sie sorgt nicht nur dafür, dass Kinder erste soziale Kontakte knüpfen und ihre ersten Schritte auf dem Bildungsweg gehen, sondern auch dafür, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichergestellt werden kann. Wir wollen nicht, dass der Kitabesuch vom Geldbeutel der Eltern abhängt und

werden uns deshalb in der kommenden Ratsperiode für die Abschaffung der Kitagebühren einsetzen. Der Beruf der Erzieher*in verdient eine deutliche Aufwertung, wir brauchen Bezahlung angelehnt an den TVÖD, kleinere Gruppen und mehr Personal. Die Stadt Bielefeld soll eine Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen starten, um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen:

Dabei sind uns insbesondere eine Übernahme der Kosten der Ausbildung sowie eine angemessene Ausbildungsvergütung wichtig. Kitas sollen in Zukunft nur noch an Träger vergeben werden, die auf Leiharbeit und sachgrundlose Befristung verzichten sowie nach Tarif bezahlen. Für uns gehört die Kita zur öffentlichen Daseinsvorsorge, deswegen setzen

wir uns für einen stärkeren Ausbau von Kindertagesstätten in kommunaler Hand ein. Dabei soll besonders Wert auf einen Ausbau der U3-Plätze gelegt werden. Bielefeld muss die Stadt für Kinder und Eltern werden, dafür streitet Die LINKE nicht nur im Rat, sondern auch in Gewerkschaften, Organisationen und auf der Straße.



Dominik Goertz
Kandidat für den Rat
Listenplatz 7



Recht auf Gesundheit für Geflüchtete

Ein Zuhause für alle!

Massenunterkünfte für Geflüchtete führen zu Ab- und Ausgrenzung. Sie erschweren Teilhabe und Selbstbestimmung und tragen zu Konflikten bei. Für Kinder und Jugendliche ist das Zusammenleben auf engstem Raum besonders schlimm. Wegen der hohen Infektionsgefahr durch Corona ist die Massenunterbringung jetzt erst recht unzumutbar geworden. In mehreren Unterkünften in NRW wurden viele Infektionen nachgewiesen, so auch in der Landeseinrichtung Oldentruper Hof in Bielefeld.

Es gibt jetzt bereits Gerichtsurteile, nach denen Personen aus Sammelunterkünften zu entlassen und dezentral untergebracht werden müssen. Trotzdem leben noch Hunderte von Geflüchteten in Bielefeld in den drei städtischen Übergangswohnheimen und in der Landeseinrichtung. Deswegen fand am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag eine Kundgebung in Bielefeld unter Beteiligung von Mitgliedern der LINKEN statt. Gefordert wurde Gesundheitsschutz und dezentrale Unterbringung – auch in Bielefeld.

Wir fordern so schnell wie möglich eigene Wohnungen für Geflüchtete. Notfalls sollte eine Unterbringung in Einzel- oder Familienzimmern in Hotels ermöglicht werden. Dabei sind eigene Wohneinheiten, in denen die Privatsphäre gesichert werden kann und in denen Abstand sowie Hygienevorschriften überhaupt einzuhalten sind, unbedingt sicher zu stellen. Außerdem muss regelmäßig über die Corona-Situation in den Sprachen der Herkunftsländer durch „Fachkräfte“ und Übersetzer*innen aufgeklärt werden.

Wichtig ist außerdem die Eingliederung in die gesetzliche Krankenversicherung unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Die Situation der Geflüchteten an europäischen Außengrenzen und in den griechischen Lagern ist unverantwortlich. Wir wollen Solidarität auf kommunaler Ebene stärken und uns nicht an die grausamen Bilder der Festung Europa gewöhnen. Insbesondere dürfen den Städten, die wie Bielefeld dem Bündnis sichere Häfen angehören, keine Steine in den Weg gelegt werden. Diese Städte ha-

ben sich bereit erklärt, aus Seenot Gerettete zusätzlich aufzunehmen. Zusammen mit Seebrücke und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft wollen wir Druck aufbauen für ein Ende des Flüchtlingssterbens an den europäischen Außengrenzen und dafür, dass zusätzliche Geflüchtete jetzt endlich nach Bielefeld kommen dürfen.

Weitere Informationen: <https://kurzlinks.de/e70n>

Gabi Bieberstein
Kandidatin für den Rat
Listenplatz 19

Kultur tut not

Bielefeld ist eine bunte wie vielfältige Stadt. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die Bielefelder Kulturszene. Ob es nun die städtischen Theater sind, die freie Szene, die Bibliotheken oder andere Orte, die uns den Zugang zur Kultur ermöglichen.

Die Stadt hat die Bielefelder Kulturszene unterfinanziert. Beim Stadtthe-

ater wurde auf Verlangen von Oberbürgermeister Pit Clausen 600.000 aus dem Etat gestrichen. Dem sich nach anfänglichen Widerstand die Paprikakolalition gefügt hat. Ein Theater darf nicht allein unter wirtschaftlichen Bedingungen geführt werden. Vielmehr müssen künstlerische Perspektiven entwickelt werden und die Schauspieler*innen

brauchen berufliche Sicherheiten. Auch die Stadtteilbibliotheken sind unterfinanziert. In vielen Stadtteilen gäbe es heute kein Zugang zu Büchern und digitalen Medien, wenn nicht Ehrenamtliche eingesprungen wären. Stadtteilbibliotheken dürfen nicht auf Ehrenamtliche angewiesen sein und brauchen einen angemess-

senen Etat für den Einkauf von Medien. Covid19 hat die bereits unterfinanzierte Kulturszene in eine existenzielle Krise gestürzt. Besonders die freie Szene muss angemessen finanziert werden und braucht mehr Orte, an denen nichtkommerzielle Kultur angeboten werden kann. Die Förderung der freien Szene darf keine Lücken

im Etat des Kulturamtes reißen.

Corona hat uns vieles schmerzlichst gelehrt. Kulturelle Begegnungen haben für viele Menschen und für die Stadt als solches einen hohen Stellenwert.

DIE LINKE will diese unabhängig vom Geldbeutel für alle ermöglichen.

Benni Stiesch
Kandidat für den Rat
Listenplatz 16

Grundlegender Wechsel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik

Seit vielen Jahren ist die Stadt Bielefeld durch die Kürzungspolitik und der Politik der „schwarzen Null“ von Bund und Land stark unterfinanziert. Die Bielefelder Wirtschaft hat dagegen von den Steuergeschenken der Bundesregierung unter Schröder/Fischer extrem profitiert. Die kommunale Infrastruktur wurde auf Verschleiß gefahren – Schulgebäude wurden nicht saniert und verfallen. Trotzdem haben die anderen Parteien im Rat den Antrag der LINKEN auf Erhöhung der Gewerbesteuer auf den

Gewerbesteuerbesatz vergleichbarer Städte abgelehnt. Die Gewerbesteuer wird dabei fast nur auf Gewinne erhoben. Stattdessen wurde in Bielefeld die Grundsteuer von SPD und Grünen deutlich erhöht. Da die Grundsteuer auf Mieten umgelegt werden darf, wurden dadurch besonders Menschen mit geringem Einkommen belastet. Aktuell erwartet DIE LINKE wieder eine zuge-spitzte Haushaltslage, auch als Auswirkung der Corona-Pandemie. Die bundes- und landeswei-

sen Konjunkturpakete waren fast ausschließlich im Interesse der Wirtschaft. Die Hilfen für die Kommunen sind viel zu wenig. Dabei müssen wir alle sozial verträglichen kommunalen Möglichkeiten für Mehreinnahmen wie besonders die Gewerbesteuer ausnutzen. Wir müssen aber auch mit den finanziellen Ressourcen verantwortlich umgehen: Relativ junge Gebäude, wie die Martin-Niemöller-Gesamtschule, dürfen nicht einfach abgerissen und gegen teure Neubauten ersetzt werden, wenn eine Renovierung wesentlich günstiger

und ökologisch nachhaltiger ist. DIE LINKE ist im Rat die einzige Partei, die sich nicht damit abfindet, dass in einem immer reicher werdenden Land die persönliche und öffentliche Armut ansteigt. Unsere Kommunalpolitik stellt die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt. Dabei setzen wir in sozialen, wie ökologischen Fragen Prioritäten.

Doch linker Kommunalpolitik sind Grenzen gesetzt, solange die Kommunen strukturell unterfinanziert sind. Deshalb setzen wir auf einen bundes- und

landespolitischen Politikwechsel, um tiefgreifende Verbesserungen für die Menschen und für die Kommunen zu erreichen.



Dr. Dirk Schmitz
Kandidat für den Rat
Listenplatz 4

Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung



Bielefeld ist eine vielfältige und weltoffene Stadt. Mehr als 150 Nationen

leben hier. Migration gab es schon immer, etwa „Gastarbeiter*innen“, Fach-

arbeiter*innen mit Green-Card und Aussiedler*innen aus Russland und anderen Ostblockstaaten. Viele Menschen flüchteten vor Kriegen, die auch mit deutschen Waffen geführt wurden. Es ist unsere Pflicht ein sicherer Hafen für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

Für DIE LINKE ist es selbstverständlich, mit ihnen für ihre soziale, rechtliche und politische Gleichstellung einzutreten.

Die Teilhabe am Bildungssystem und die Eingliederung in Arbeit sind zentrale Faktoren gesellschaftlicher Integration. Dies gilt für alle Menschen. Jedoch sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im-

mer noch deutlich benachteiligt und vielen Migrant*innen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen oder sie werden in vor Kriegen, die auch mit deutschen Waffen geführt wurden. Es ist unsere Pflicht ein sicherer Hafen für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

Ziel kommunaler Integrationspolitik muss der Abbau sozialer Ungleichheit sein. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus verdienen alle Kinder und Jugendliche ein Recht auf Kita und Schule. Auch die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kommunalverwaltung entsprechend ihres Anteils an der Bielefelder Bevölkerung ist ein wichtiger Schritt, um gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Viele Migrant*innen, die ihren Lebensmittelpunkt hier in Deutschland haben, dürfen nicht am politischen Leben teilnehmen. Ihnen werden grundlegende demokratische Rechte wie das Wahlrecht verwehrt. Nicht-EU-Bürger*innen dürfen nicht einmal an Kommunalwahlen teilnehmen. So werden sie bei wichtigen Entscheidungen ausgegrenzt.

DIE LINKE fordert volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben. Der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auf Nicht-EU-Bürger*innen.

Gülcan Turan
Kandidatin für den Rat
Listenplatz 9

„Es genügt nicht kein* Rassist*in zu sein, man muss Antirassist*in sein“

Als globales Problem macht Rassismus auch vor der kommunalen Ebene nicht Halt, im Gegenteil: Rassismus beginnt beim einzelnen Menschen, Diskriminierung ist am spürbarsten im alltäglichen Leben. Deshalb gilt es die Probleme bereits auf dieser Ebene zu bekämpfen. Projekte wie die Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus und ähnliche Antidiskriminierungsar-

beit sind unterstützenswert und erhaltenswert, sie bieten vielen Menschen die Möglichkeit sich weiterzubilden und können dabei helfen, sich mit Vorurteilen und rassistischen Weltbildern kritisch auseinanderzusetzen. Die Aufklärungsarbeit, die durch solche Projekte geleistet wird, ist wichtig, doch sie kann bloß die Grundlage einer „Entgiftung“ der Gesellschaft sein. Schon

deshalb, weil Rassismus nicht nur auf Vorurteilen beruht, sondern in der Struktur der Gesellschaft fest verankert ist. Viele Migrant*innen erleben dies beispielsweise beim offiziell oder inoffiziell durchgeführtem Racial Profiling – nicht nur bei der Polizei, sondern auch der Bielefelder Stadtwache und den Kontrollleuten von moBiel. Vor allem von der Kommune erwarten wir einen diskri-

minierungsfreien Umgang mit allen Menschen. Bundesweit kämpfen wir für eine umfassende Reformierung der Polizei. Den Verfassungsschutz, der sich als nutzlos im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus herausgestellt hat, wollen wir auflösen und durch eine neue Behörde ersetzen. Neben einer gesamtgesellschaftlichen Ächtung von Rassismus brauchen Betroffene unabhängige

Antidiskriminierungsstellen und geschützte Räume, in denen Rassismus-Erfahrungen besprochen und aufgearbeitet werden können. Wir brauchen einen stärkeren Widerstand gegen Rassismus und Faschismus: „Es genügt nicht kein* Rassist*in zu sein, man muss Antirassist*in sein.“

Michel Schafmeister
Kandidat für den Rat
Listenplatz 12



Solidarisches und geschlechtergerechtes Leben

Bielefeld ist eine Stadt mit vielen feministischen Traditionen. Die Frauenfilmtage finden jährlich am Frauen*kampftag statt. Seit vielen Jahren bekommt genau dieser Tag wieder mehr Aufmerksamkeit durch beispielsweise Demonstrationen und Informationsveranstaltungen. Frauen* aller Generationen kämpfen gemeinsam für ein femi-

nistisches Bielefeld. An der Uni Bielefeld wird in den Sozialwissenschaften zu Frauen und Geschlecht geforscht. Dank der Initiative und Unterstützung der Linken Ratsfraktion konnte die Hebammenzentrale gerettet werden. Die Hebammenzentrale ist ein eingetragener Verein, der Frauen* bei der Suche nach Hebammen ehren-

amtlich unterstützt. Dies wird leider nicht von den Krankenkassen bezahlt. Durch den Hebammenmangel fällt es vielen Frauen* schwer wohnortnah Hebammen zu finden. Dadurch werden sie in ihrem Wochenbett allein gelassen. Ohne langfristige Zuwendungen der Stadt wird es auch zukünftig schwer, den Betrieb der Hebammenzentrale auf-

rechterhalten zu können. Ohnehin lagert die Stadt viel zu viel wichtige feministische Arbeit an Vereinen und freie Träger aus. Die Frauen*häuser der Stadt und auch das Hilfefon für Opfer häuslicher Gewalt können nur deshalb überleben, weil viele Ehrenamtliche diesen Einrichtungen unentgeltlich helfen. Die Arbeit darf nicht zu sehr vom Eh-

renamt abhängen, darum fordert DIE LINKE, dass die Stadt ihre finanzielle Unterstützung für die Vereine ausweitet. Zusätzlich muss sie auch wieder selbst frauenpolitische Arbeit übernehmen und entsprechend Personal einstellen.

Heide Hepach
Frauenplenum DIE LINKE
Bielefeld